

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

an diesem Donnerstag wurde die **neue Landesregierung von Baden-Württemberg** vereidigt. Damit ist der Machtwechsel in unserem Ländle abgeschlossen. Ich freue mich über die Ernennung von Reinhold Gall zum Innenminister und von Ingo Rust zum Staatssekretär für Finanzen. SPD und Grüne können nun zeigen, dass wir die besseren Konzepte für einen Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem haben!

In Berlin haben wir am Freitag erneut über die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** debattiert. Je näher der 1. Mai rückte, seit dem Arbeitnehmer aus den acht Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, ohne zusätzliche Arbeitsgenehmigung bei uns arbeiten dürfen desto intensiver wurde über die Auswirkungen auf den unseren Arbeitsmarkt berichtet.

Ich freue mich über die Vollendung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, denn das zeigt, dass Europa zusammenwächst. Unsere Wirtschaft braucht die Zuwanderung von Fachkräften - auch wenn wir ohne Zweifel die Ausbildung der schon hier Lebenden verbessern müssen. **Aber wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen, die hier leben und arbeiten wollen, dies zu fairen Bedingungen tun können.** Es ist kein Zeichen von europäischer Solidarität, wenn die lettische Krankenschwester zu einem Lohn bei uns arbeitet, von dem sie vielleicht in Lettland mit ihrer Familie gut leben könnte, aber hier kaum selbst davon überleben kann. Vielfach können sich die Beschäftigten, die aus dem EU-Ausland zu uns kommen, auch nicht gegen Missbrauch und Scheinselbstständigkeit wehren, da sie nicht oder nur unzureichend über ihre Rechte informiert sind. Deshalb sind unsere Forderungen nach einem flächendeckenden



**Berlin-Brief, Ausgabe 96
13. Mai 2011**

Meine Termine

Fährbrunnenfest

14.05.2011, 17 h, Heilbronn-Klingenberg

Bundesweiter EU-Schulprojekttag

16.05.2011, 10 h, Heilbronn, Wartberg-schule

Vor-Ort-Besuch in Eppingen: Betriebsbesichtigung und Besuch des Jugendhauses gemeinsam mit OB Holaschke

17.05.2011, 14 h, Eppingen

Bürgersprechstunde

18.05.2011, 15.30 h, Heilbronn, Bürgerbüro

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



Mindestlohn als Lohnuntergrenze, nach branchenspezifischen Mindestlöhnen und nach möglichst muttersprachlichen Beratungen für ausländische Arbeitnehmer aktueller denn je. Wir fordern zudem, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls, die für die Kontrolle der Einhaltung von Mindestlöhnen, Arbeitsbedingungen, Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit zuständig ist, personell deutlich aufgestockt wird.

Schon im Januar hatte ich diese Forderungen für die SPD-Fraktion im Plenum und in einem von mir initiierten Antrag deutlich gemacht. Die Bundesregierung legte jedoch die Hände in den Schoß und betont bis heute, man müsse erst mal abwarten, wie viele Menschen überhaupt nach Deutschland kommen. Wissenschaftler haben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Szenarien entworfen, nach denen zwischen 100.000 und 140.000 Menschen innerhalb eines Jahres zu uns kommen könnten, um hier Arbeit aufzunehmen. Die Bundesregierung lässt mit ihrer abwartenden Haltung zu, dass diese Menschen zuerst einmal ausgebeutet werden. Es ist zynisch, wenn Ursula von der Leyen sagt, sie wolle schauen, wie viele Betroffene es gibt – anstatt gleich zu handeln, dass dieser Missbrauch gar nicht erst stattfindet! **Meine Rede, die ich am Freitag im Plenum gehalten habe, finden Sie anbei.**

Am Donnerstag gab es eine **hitze Debatte zum Hilfsantrag Portugals**. Auch hier versagt die Regierung. Angela Merkel isoliert sich zunehmend in Europa und duckt sich weg vor einer ehrlichen Debatte im Bundestag. Es wird getäuscht, vernebelt und hingehalten. Es muss klar sein: In Deutschland entscheidet der Bundestag über alle finanziellen Zusagen, die die Bundesregierung in Brüssel macht. Merkel versucht, besonders bei der Einführung der Europäischen Stabilitätsmechanismus, den Bundestag außen vor zu lassen und Beratungsunterlagen geheim zu halten. Uns Sozialdemokraten geht es im Fall Portugal darum, nicht einfach mehr Geld bereitzustellen, sondern den Ländern Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum zu eröffnen. Die bislang ausgehandelten Rettungsmechanismen reichen nicht, um Portugal dauerhaft aus der Krise zu führen. Die Finanzminister der EU müssen endlich ernst machen mit der Beteiligung von Gläubigern, der Restrukturierung von unterkapitalisierten Banken und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Bürgerinnen und Bürger Europas dürfen nicht weiter die alleinigen Zahlmeister der Kosten der Finanzkrise sein, indem die betroffene Staaten in rigide Sparprogramme gezwängt werden, die zum Abbau der Sozialsysteme führen. Wir stehen für eine wahre europäische Solidarität!

Mit freundlichen Grüßen